

# Schwarz-Gruppe baut riesiges Rechenzentrum

Um KI-Modelle zu entwickeln, investiert die Schwarz-Gruppe elf Milliarden Euro im Spreewald. Neben den Tochterfirmen Lidl und Kaufland sollen auch externe Kunden das Rechenzentrum nutzen.

VON CHRISTOPH DERNBACH  
UND ALINA GRÜNKY

**NECKARSULM/LÜBBENAU** (dpa) Die Schwarz-Gruppe, Muttergesellschaft von Lidl und Kaufland, investiert elf Milliarden Euro in ein neues Rechenzentrum in Lübbenau im brandenburgischen Spreewald. Es handele sich um



Karsten Wildberger (CDU), Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung  
FOTO: KAPPELER/DPA

die größte Einzelinvestition in der Unternehmensgeschichte, sagte Christian Müller, Co-Vorstandschef von Schwarz Digits, der Digital-Sparte des Konzerns, am Montag beim Spatenstich auf der Baustelle. Zweieinhalb Milliarden Euro gingen in den Bau, der Rest in die IT-Infrastruktur. Staatliche Förderung gebe es nicht.

**Was ist geplant?**  
Der erste Bauabschnitt des Schwarz Digits Datacenter soll bis Ende 2027 fertiggestellt werden.

Das Rechenzentrum wird nach Angaben des Unternehmens im Regelbetrieb mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben. Die Anlage wurde mit einer Anschlussleistung von zunächst rund 200 Megawatt geplant und ist in zwei Bauabschnitten modular erweiterbar.

Bis zu 100 000 KI-Spezialchips (GPUs) können somit künftig im Rechenzentrum in Lübbenau installiert werden. Zum Vergleich: Das neue Rechenzentrum, das die Deutsche Telekom und Nvidia derzeit in München bauen, soll mit 10 000 GPUs laufen.

In dem Rechenzentrum in Lübbenau sollen die Spezialchips auch für das Training großer Modelle mit KI-Inferenz eingesetzt werden. Das sind Computermodelle, die darauf trainiert wurden, viele Informationen zu verstehen und daraus sinnvolle Vorhersagen oder Antworten zu machen. Die Abwärme der Rechner soll in ein Fernwärmenetz eingespeist werden.

**Wofür braucht es die Rechenpower?**

Digitalminister Karsten Wildberger (CDU) sagte, Deutschland brauche Rechenpower, um in der ersten Liga bei Künstlicher Intelligenz mitzuspielen. „Nur mit leistungsfähigen Rechenzentren können wir KI-Anwendungen im großen Stil einsetzen und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken.“

**Was ist eine Cloud?**  
Die Schwarz-Gruppe verfolgt mit seinen Rechenzentren eine ähnliche Strategie wie der weltweit größte Online-Händler Amazon. Mitte der 2000er Jahre begann Amazon



Auf einem ehemaligen Kraftwerksgelände in Brandenburg soll eines der größten Rechenzentren in Deutschland entstehen.

FOTO: FRANK HAMMERSCHMIDT/DPA

damit, eigene IT-Infrastruktur auch extern als Service anzubieten. Heute sind die Amazon Web Services (AWS) weltweit führend im Bereich Cloud-Infrastruktur – noch vor Microsoft Azure und Google Cloud.

Cloud bedeutet, dass Speicherplatz, Datenbanken und verschiedene vernetzten Rechenzentren über das Internet angeboten werden. Cloud-Anwender müssen sich dabei nicht selbst um die Wartung der Hard- und Software kümmern.

**Wofür braucht die Schwarz-Gruppe ein Rechenzentrum?**

Als Muttergesellschaft von Kaufland und Lidl ist die Schwarz-Gruppe selbst ein großer IT-Anwender. Die beiden Supermarktketten haben in den vergangenen Jahren ihr Filialnetz stetig ausgebaut. Insgesamt betreiben sie nun rund 14 200 Geschäfte in 32 Ländern. Die Gruppe beschäftigt inzwischen rund 595 000 Mitarbeiter. Im neuen Rechenzentrum sollen aber nicht nur eigene Daten erarbeitet werden – also Daten aus

Liefer- und Bestellprozessen, Bestellvorgängen und Kundenbindungsprogrammen. Vielmehr sollen Speicher und Rechenleistung auch externen Kunden angeboten werden.

**Wiesteht Deutschland im Vergleich da?**

Der Allianz zur Stärkung digitaler Infrastrukturen zufolge ist Deutschland der führende Rechenzentrumsstandort in ganz Europa. Demnach verfügen die deutschen Rechenzentren derzeit über eine

Gesamtleistung von rund 2,4 Gigawatt. Im internationalen Vergleich bleibe die Bundesrepublik aber deutlich hinter USA und China zurück. Demnach kommt die USA auf etwa 40 Gigawatt Rechenzentrumsleistung.

Die zentrale Lage in Europa, die Nähe zum Internetknoten in Frankfurt und die stabilen Netze mit geringer Ausfallgefahr machten Deutschland attraktiv. Ein Minus sind laut der Allianz die hohen Stromkosten und die lang dauernden Genehmigungsverfahren.

## Wirtschaftsministerin hat am Golf Gas und Staatsfonds im Blick

Deutschland will seine strategischen Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar ausbauen. Doch ungelöste Konflikte sorgen für Druck.

VON ANDREAS HOENIG

**ABUDHABI** (dpa) Es geht um eine engere Partnerschaft, Investitionen und Erdgas: Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche ist mit einer Wirtschaftsdelegation unterwegs in der Golfregion. Die CDU-Politikerin führt bis Mittwoch politische Gespräche in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar. „Mit der Reise vertiefen wir unsere Zusammenarbeit und erschließen neue Chancen für die Wirtschaft beider Seiten“, sagte Reiche. „In einer Welt mit zunehmenden geopolitischen Spannungen muss Deutschland seine strategischen Partnerschaften aktiv gestalten“, sagte die Ministerin vor dem Abflug in Berlin. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar seien wichtige Partner im Mittleren Osten. Es sollten Partnerschaften bei Technologie und Rohstoffen vertieft werden, sagte die Ministerin.

Beide Länder zählen laut Ministerium zu zentralen wirtschaftlichen

Akteuren in der Region und wichtigen strategischen Handelspartnern für Deutschland. „Wir senden ein klares Signal: Deutschland setzt wieder auf wirtschaftliche Vernunft, Reformen und Investitionsfreundlichkeit“, so Reiche. In der Golfregion dürfte es aber auch um eine politische Di-

mension gehen. Katar nimmt eine wichtige Vermittlerrolle im Konflikt zwischen Israel und der islamistischen Hamas ein. Katar stand vor dem Hintergrund der Fußball-Weltmeisterschaft 2022 aber auch wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik.



Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) am Montag mit dem Industrieminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Sultan Ahmed Al Jaber. FOTO: IMAGO

In Katar dürfte es auch um eine Drohung des Landes gehen, wegen der EU-Lieferkettenrichtlinie Flüssiggas-Exporte nach Europa einzufrieren oder ganz zu stoppen. Die geplante Richtlinie soll Unternehmen verpflichten, negative Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Lieferkette zu verhindern. Nach den ursprünglichen Plänen sollten Unternehmen einen Plan erarbeiten und umsetzen, wie sie dazu beitragen wollen, Klimaschutzziele nach dem Pariser Klimaabkommen zu erreichen – bei Nichteinhaltung sollten hohe Strafen drohen. Allerdings hat das EU-Parlament eine Abschwächung des Lieferkettengesetzes freigemacht; es soll keine Pflicht mehr bestehen, Klimapläne auszuarbeiten. Das Parlament nimmt nun finale Verhandlungen mit den EU-Staaten über das Vorhaben auf.

Nach Angaben des Verbands Gas- und Wasserstoffwirtschaft lag der Anteil der LNG-Lieferungen in die EU

aus Katar im ersten Halbjahr dieses Jahres bei etwa zehn Prozent. Unter Verweis auf Schätzungen der Internationalen Energieagentur hieß es weiter, dass bis 2030 neue Verflüssigungskapazitäten fast ausschließlich in den USA und in Katar entstehen.

Dazu kommt: Ab 2027 soll kein russisches Flüssigerdgas mehr in die EU kommen. Zu Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 war Deutschland noch abhängig von russischem Gas und suchte händeringend nach Alternativen. Im März 2022 reiste Reiches Amtsvorgänger Robert Habeck (Grüne) nach Katar und vereinbarte eine langfristige Energiepartnerschaft.

Mit an Bord bei Reiches Reise ist der frühere Commerzbank-Chef Martin Blessing, der persönliche Beraufträge von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) für Investitionen. Das Ziel der Bundesregierung: In Deutschland soll wieder stärker investiert werden. In den Emiraten und Katar gibt es starke Staatsfonds, die

schon in Deutschland investiert haben – Blessing und Reiche dürften das Signal setzen: Weitere Investitionen sind willkommen. Beispiel Energie: Der Ausbau der Stromnetze ist sehr teuer. Die Koalitionsspitzen haben einen Deutschlandfonds angekündigt – als ein Feld wird in einem Papier auch ein neuer Energieinfrastrukturfonds genannt. Es sollten „attraktive Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten“ geschaffen werden, um dringend notwendige Investitionen in Energienetze und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu ermöglichen.

In den Emiraten dürfte es auch um die geplante milliardenschwere Übernahme des Chemiekonzerns Covestro durch den Ölkonzern Adnoc aus den Vereinigten Arabischen Emiraten gehen. Die EU hat der Transaktion unter Auflagen zugestimmt. Die Entscheidung der Bundesregierung steht noch aus. Das Wirtschaftsministerium prüft ebenfalls. Auch Reiche könnte grünes Licht geben.

## Ifo-Geschäftsklima im Wohnungsbau trübt sich leicht ein

**MÜNCHEN** (dpa) Die Stimmung im Wohnungsbau hat sich im Oktober wieder leicht eingetrübt. Der Geschäftsklimaindex fiel nach einem kräftigen Anstieg im September von minus 22 auf minus 23 Punkte, wie das Ifo-Institut am Montag mitteilte. Die Unternehmen waren mit den laufenden Geschäften etwas weniger zufrieden. Zudem waren ihre Erwartungen mit Blick auf die kommenden Monate skeptischer. Allerdings berichteten weniger Firmen von einer zu geringen Auslastung: Der Anteil sank von 46,7 auf 44,4 Prozent – der niedrigste Wert seit rund zwei Jahren, so das Ifo-Institut. Die Stornierungsquote ging nur leicht von 8,4 auf 8 Prozent zurück und verharrt damit auf hohem Niveau, wie es hieß.

## Vor Ländertarifrunde fordern Gewerkschaften sieben Prozent mehr

**BERLIN** (afp) Sieben Prozent, monatlich jedoch mindestens 300 Euro mehr Geld fordern die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts in der bevorstehenden Tarifrunde für die Bundesländer außer Hessen. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und der Deutsche Beamtenbund verwiesen am Montag in Berlin auf 600 000 unbesetzte Stellen im öffentlichen Dienst. Die Bundesländer müssten als Arbeitgeber attraktiv bleiben, erklärten sie.

Die Leistungen der Beschäftigten müssten besser honoriert werden, forderte Verdi-Bundeschef Frank Werneke. Die Bundesländer stünden finanziell besser da als Bund und Kommunen. Die öffentlichen Verwaltungen befänden sich am

Arbeitsmarkt im Wettbewerb. Wer Deutschland wieder fit für die Zukunft machen wolle, brauche dazu den öffentlichen Dienst, betonte der Bundesvorsitzende des Beamtenbunds, Volker Geyer. Zahlreiche Preise würden weiter steigen, deshalb müssten auch die Löhne anziehen.

Bundesländer und Gewerkschaften stehen für die 1,2 Millionen angestellten Beschäftigten vor einer schwierigen Tarifrunde. Im April konnten sich beide Gewerkschaften mit Bund und Kommunen erst nach einer Schlichtung auf einen Tarifvertrag über insgesamt 5,8 Prozent in mehreren Stufen bis 2027 einigen. In der Ländertarifrunde gibt es keine Schlichtungsvereinbarung, was Er-

zwingungsstreiks wahrscheinlicher macht. Die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern der Länder starteten am 3. Dezember in Berlin und werden am 15. und 16. Januar sowie



Verdi-Bundeschef Frank Werneke  
FOTO: SOMMER/DPA

vom 11. bis zum 13. Februar 2026 in Potsdam fortgesetzt. Hessen gehört nicht der Tarifgemeinschaft der Länder an und verhandelt seine Tarifaabschlüsse separat.

## EZB-Vize warnt vor KI-Schock und Börsenkorrektur

**FRANKFURT** (dpa) EZB-Vizepräsident Luis de Guindos warnt vor der Gefahr einer Börsenkorrektur, die von hoch bewerteten US-Tech-Aktien und dem Hype um Künstliche Intelligenz ausgehen könnte. Die Finanzmärkte seien weiter anfällig für starke und korrelierte Anpassungen der Vermögenspreise, sagte de Guindos auf der „Euro Finance Week“ in Frankfurt. Die aufgekommene optimistische Stimmung seit der Erholung der globalen Aktienmärkte von ihren Tiefständen im April habe die hohen Bewertungen an den Finanzmärkten noch steigen lassen. „Gleichzeitig hat die Marktkonzentration und die Vernetzung zwischen einer Handvoll großer US-amerikanischer Technologieunternehmen weiter zugenommen, wodurch die

Märkte Risiken ausgesetzt sind, die sich aus potenziellen Schocks für ihre KI-bezogenen Geschäftsmodelle ergeben.“ Es gebe Raum für „plötzliche Stimmungsumschwünge“, sagte de Guindos. An den Finanzmärkten sind die Sorgen wegen der hohen Bewertungen bei US-Techkonzernen gewachsen. Beobachter fürchten, dass der Hype um KI zu einer Blase geführt hat, die bald platzen und große Verluste an den Aktienmärkten verursachen könnte. Zuletzt stieg die Nervosität, da Investoren sich fragen, ob sich die gewaltigen Investitionen vieler Konzerne in KI später auszahlen und die aktuellen Kursniveaus rechtfertigen.

**Produktion dieser Seite:**  
Vincent Bauer, Ben Balzereit